

# Antworten auf die vlbs-Wahlprüfsteine von Bündnis 90 / Die Grünen

## **Wahlprüfsteine Landtagswahl 2016**

- **Finanzen**

*Was plant Ihre Partei, um die Beamtenbesoldung vor dem Hintergrund ständig steigender Anforderungen zeitgemäßer und attraktiver zu gestalten?*

*Die Einführung des TV-L hat hinsichtlich der Eingruppierung und Einstufung zu erheblichen Verwerfungen zum Nachteil der Beschäftigten geführt, die sich an BBS besonders gravierend auswirken.*

*Welche Vorstellung haben Sie vor dem Hintergrund der Einführung einer Entgeltordnung der Lehrkräfte, um die Ungerechtigkeit des TV-L gegenüber der Beamtenbesoldung auszugleichen?*

Antwort:

Für uns GRÜNE ist und bleibt die Konsolidierung des Haushalts ein wichtiges Ziel. Denn das verstehen wir unter einer generationengerechten Haushaltspolitik, die wir konsequent weiterverfolgen müssen. Da die Personalausgaben des Landes einen Anteil von rund 40 % an den Gesamtausgaben ausmachen, ist eine wirksame Konsolidierung ohne Maßnahmen, die auch den Personalbereich betreffen, nicht umsetzbar. Aus diesem Grund ist die Landesregierung stets darum bemüht, zwischen den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, den finanziellen Möglichkeiten des Landes sowie den Forderungen der Gewerkschaften angemessen abzuwägen.

- **Berufsbeamtentum**

*Wie steht Ihre Partei zum Berufsbeamtentum für Lehrkräfte?*

Antwort:

Wir GRÜNE wollen die Arbeitswelt unserer Beamtinnen und Beamten moderner gestalten. Deshalb sprechen wir uns weiterhin für flexible Altersteilzeitmodelle aus. Wie diese in den nächsten Jahren genau ausgestaltet werden, wollen wir im Dialog mit den Gewerkschaften und Verbänden verhandeln. Für uns zählt zu einem modernen Beamtentum neben den schon vorhandenen Altersteilzeitmodellen auch die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten oder die Schaffung von einfacheren Möglichkeiten des Wechsels aus und in das Beamtenverhältnis.

- **Weiterbildung und Aufstieg**

*Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Aufstiegsmöglichkeiten der Lehrkräfte des gehobenen Dienstes - der Fachlehrerinnen und Fachlehrer sowie der Lehrerinnen und Lehrer für Fachpraxis- in Zukunft mitarbeiterfreundlicher zu gestalten?*

Antwort:

Wir GRÜNE setzen uns für eine sukzessive Steigerung der Attraktivität des Lehramts an berufsbildenden Schulen sowie für Weiterqualifizierung und die Gewinnung von Fachkräften ein. Die berufsbildenden Schulen mit ihrer ausdifferenzierten Fächerstruktur sind in Hinblick auf den Arbeitsmarkt und die Werbung von Nachwuchslehrkräften eine besondere Herausforderung. Die Attraktivität des Lehramts an den berufsbildenden Schulen sollte daher durch Anreize und Kampagnen zur Nachwuchskräftegewinnung zusätzlich gefördert werden. Auch die berufsorientierenden Maßnahmen an den Schulen sollten die Möglichkeit des Lehramts an berufsbildenden Schulen stärker in den Fokus rücken.

- **Altersteilzeit**

*Planen Sie erneut ein Altersteilzeit-Modell für Lehrkräfte, wenn das derzeitige Modell 2016 ausläuft; zumal dieses in Teilen durch den Wegfall der Altersermäßigung finanziert wurde?*

Antwort:

Siehe Frage 2.

- **Lehrkräftearbeitszeit**

*Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, damit die dramatisch weitere zunehmende außerunterrichtliche Arbeitszeit angemessen in der Gesamtarbeitszeit der Lehrkräfte berücksichtigt wird?*

Antwort:

Eine starke berufliche Belastung ist auf Dauer problematisch, besonders wenn sie sich auf die Gesundheit auswirkt. Das Land hat mit dem Institut für Lehrerergesundheit am Institut für Arbeits-, Sozial und Gesundheitsmedizin der Gutenberg-Universität Mainz eine Einrichtung gegründet, die regelmäßig Berichte zur Gesundheit von Lehrerinnen und Lehrern veröffentlicht. Die strukturelle Unterrichtsversorgung an den berufsbildenden Schulen mit einem Versorgungsgrad von 96,9 Prozent erreicht im aktuellen Schuljahr den besten Versorgungsgrad seit Einführung der amtlichen Berechnung. Die Arbeitsbelastung und daraus resultierenden Problemlagen der berufsbildenden Lehrkräfte muss neben dem weiteren Ausbau der Unterrichtsversorgung auf der bildungspolitischen Ebene weiter thematisiert werden.

Wir GRÜNE wollen in einer künftigen Regierungsverantwortung diesen Problemlagen intensiviert annehmen, um nachhaltige Lösungen zu finden.

- **Unterrichtsausfall / Nachwuchsgewinnung**

*Welche Konzepte hat Ihre Partei, um den überproportional hohen*

*Unterrichtsausfall an den berufsbildenden Schulen wirksam auf das Niveau der allgemeinbildenden Schulen abzusenken?*

Antwort:

Die Unterrichtsversorgung konnte mit einem Versorgungsgrad von durchschnittlich 98,6 Prozent im Schuljahr 2015/2016 erneut ausgebaut werden. Den Unterrichtsausfall an berufsbildenden Schulen konnten wir halbieren. Die strukturelle Unterrichtsversorgung an den Berufsbildenden Schulen erreicht mittlerweile mit einem Wert von 96,6 % im aktuellen Schuljahr den besten Versorgungsgrad seit der Einführung der amtlichen Berechnung. Allerdings wird der Rückgang der Klassenzahlen an den weiterführenden Schulen geringer ausfallen, als bislang von unabhängigen Experten prognostiziert. Eine Ursache für diese Entwicklung ist ein unerwartet starker Zuzug von schulpflichtigen Kindern. Mit dem sukzessiven Aufbau des Vertretungspools haben wir auch darauf reagiert und bieten gleichzeitig Vertretungslehrkräften eine sichere Perspektive. Gerade unter den Vorzeichen von Inklusion und Zuwanderung wird es jetzt noch wichtiger, Schulen ihre personelle Ausstattung differenziert nach regionalen und sozialen Erfordernissen zuzuteilen. Denn die Unterschiede zwischen Regionen und Schularten sind zum Teil erheblich. Wir GRÜNE setzen uns in der kommenden Legislaturperiode daher weiterhin vehement dafür ein, dass das schulische Angebot in Rheinland-Pfalz bedarfsgerecht und entsprechend der Nachfrage sowie den regionalen Gegebenheiten zielgerichtet weiter ausgebaut wird.

- **Höhere Berufsfachschule**

*Wie steht Ihre Partei zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der HBF – auch im Blick auf die Fachoberschulen?*

Antwort:

Wir GRÜNE sind der Auffassung, dass die Fachoberschule (FOS) einen wichtigen Beitrag zur beruflichen Qualifikation leistet und eine institutionelle Anbindung an die Realschule plus aus organisatorischen Gründen pädagogisch sinnvoll ist. Prinzipiell setzen wir uns für eine hohe Durchlässigkeit im Bildungssystem ein, da die Übergänge von der Schule in das Berufsleben insbesondere für junge Menschen sehr richtungsweisend sind. Wir wollen Jugendlichen eine klare Perspektive auf eine Berufsausbildung bieten und setzen uns daher in der kommenden Legislaturperiode verstärkt für den Ausbau beruflicher Weiterqualifizierungsangebote ein. Das beinhaltet auch eine stärkere Vernetzung und den Ausbau von Kooperationen der unterschiedlichen Einrichtungen der beruflichen Bildung.

- **Fachklassenbildung**

*Auf welche Weise wird Ihre Partei dazu beitragen, dass Fachklassen und damit Ausbildungsplätze, insbesondere auch in ländlichen Regionen, erhalten bleiben?*

Antwort:

Wir wollen weiterhin einen Ausbau der berufsbildenden Schulen zu regionalen Zentren für berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung. Bei der bedarfsgerechten Weiterentwicklung der Schulstandorte wollen wir zukünftig noch genauer hinsehen und uns an den jeweiligen Bedarfen einzelner Regionen und Standorte orientieren. Ein möglichst wohnortnahes Angebot von Standorten ist für uns dabei von hoher Priorität.

- **Inklusion und Flüchtlingsthematik**

*Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Situation an BBS bezüglich Inklusion*

*und Flüchtlingsthematik - beginnend im Berufsvorbereitungsjahr und über das 18. Lebensjahr der Schülerinnen und Schüler hinaus - zu verbessern?*

Inklusion:

Antwort:

Angesichts der besonderen Bedeutung der Inklusion und der wichtigen Rolle, die entsprechend qualifizierten Lehrkräfte zum Gelingen einer inklusiven Beschulung zukommt, bedarf es einer Rechtsgrundlage, die alle Phasen der Lehrkräftebildung in den Blick nimmt und aufeinander abstimmt. Das "Gesetz zur Stärkung der inklusiven Kompetenz und der Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte" versteht sich in diesem Zusammenhang als Unterstützung für unsere Lehrkräfte, auf die mit dem gemeinsamen, zieldifferenten Unterricht veränderte Aufgaben zukommen. Das neue Gesetz verzahnt gemeinsame Elemente der Phasen der Lehrkräftebildung und stimmt komplementäre aufeinander ab. Die Qualifizierung der Lehrkräfte wird festgeschrieben - auch für die Schulleitungen. In das Gesetz sind Erkenntnisse aus der empirischen Bildungsforschung eingeflossen, die belegen, dass – neben der Stärkung der beruflichen Kompetenzen von Lehrkräften – die Weiterentwicklung von Schule und Unterricht sowie die Zusammenarbeit in den Schulen durch multiprofessionelle Beratung und Vernetzung gestärkt werden müssen. Wir GRÜNE werden uns auch weiterhin vehement für den Ausbau der Inklusion einsetzen, da wir Vielfalt als Bereicherung und Chance verstehen.

Integration:

Antwort:

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler aus nicht deutschen Herkunftsfamilien ist zuletzt stark angestiegen. Wir GRÜNE sind der Auffassung, dass der Spracherwerb eine zentrale Voraussetzung für eine gelingende Integration ist. Aus diesem Grund hat die Landesregierung Anfang 2015 den Maßnahmenplan „Sprachförderung in Schulen“ beschlossen. Schulische Deutsch-Intensivkurse für Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger haben Vorrang vor anderen Formen der Sprachförderung. Dies gilt für jede Schulart und jede Schule, sodass die Landesregierung die Deutsch-Intensivkurse auf landesweit 297 Kurse ausgeweitet hat. Die betreffenden Schülerinnen und Schüler werden gleichzeitig einer Regelklasse zugewiesen und nehmen in den übrigen Stunden am Unterricht der Klasse teil. Ein Deutsch-Intensivkurs kann klassen-, jahrgangs- und schulübergreifend organisiert werden. So wird sichergestellt, dass auch in ländlichen Regionen Schülerinnen und Schüler an einem Deutsch-Intensivkurs teilnehmen können. Wir GRÜNE lehnen die von der Opposition geforderten „Deutschvorlaufkurse“ entschieden ab, da wir der Auffassung sind, dass segregierende Maßnahmen den Integrationsprozess der Schülerinnen und Schüler hemmen und für alle Beteiligten mit erheblichen Mehrbelastungen einhergehen würde.

Die Schulaufsicht der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion richtet zudem in allen Regionen mit Bedarf Runde Tische ein. Den Runden Tischen gehört ein breites Bündnis von örtlichen Schulen mit weiteren lokalen Akteuren wie den Schulträgern, der Jugendhilfe oder den lokalen Integrationsbeauftragten an, um weitere, ggf. schulübergreifende Deutsch-Intensivkurse einzurichten und die damit verbundenen Fragen der Schülerbeförderung gemeinsam mit den Trägern zu klären. Analog zum Ausbau der Kapazitäten der Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (AfA) des Landes wird die Lehrkräfteversorgung in den Einrichtungen ausgebaut. Die Fortbildungsangebote des Pädagogischen Landesinstituts (PL) zur sprachlichen Förderung von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern werden gemäß der steigenden Anforderungen weiterentwickelt und angepasst. Das PL bietet dazu Beratung und Fortbildung für alle Schularten an. Weiterhin bietet das PL spezielle, modularisierte Lehrkräftequalifikationen in „Deutsch als

Zweitsprache“ an. Neben zahlreichen Fortbildungsangeboten wird weiterhin eine „Modulare Fortbildungsreihe zur Sprachförderung“ für Lehrkräfte der Sekundarstufe I (Realschule plus, IGS, Gymnasien) und in der berufsbildenden Schule, die für die DaZ-Maßnahmen eingesetzt werden, angeboten.

- **Sozialpädagogische Betreuung**

*Welche konkreten Maßnahmen - z.B. bei der Sach- und Personalausstattung - wird Ihre Partei in der Legislaturperiode 2016 - 2021 ergreifen, um die sozialpädagogische Betreuung an den berufsbildenden Schulen spürbar zu verbessern und angemessen auszuweiten?*

Antwort:

Im Zuge der politischen Verhandlungen hatte sich die Landesregierung Rheinland-Pfalz dafür eingesetzt, auch die präventive Förderung im Kontext von Bildung und Teilhabe zu verankern. Ziel war es, den Kommunen zusätzliche finanzielle Spielräume für die Erweiterung der Angebote der Schulsozialarbeit zu eröffnen. Dies war/ist mit Erfolg gelungen: In den Jahren 2011 bis 2013 wurden für alle rheinland-pfälzischen Kommunen zusätzliche Bundesmittel in Höhe von rd. 11 Mio. Euro/Jahr für die Zweckbestimmungen Schulsozialarbeit und Hortmittagessen zur Verfügung gestellt. In Rheinland-Pfalz standen damit in den Haushaltsjahren 2012 und 2013 für den Ausbau der Schulsozialarbeit mehr Fördergelder für kommunale und freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe denn je zur Verfügung. Mit den zusätzlichen Bundesmitteln konnten landesweit ca. 178 neue Stellen an Schulen oder externe Koordinierungsstellen geschaffen werden. Die rot-grüne Landesregierung hat wieder auf das ursprüngliche Niveau von 30.600 Euro pro ganzjährig besetzter Vollzeitstelle angehoben. Der Landeshaushalt sieht demnach für die Förderung von Schulsozialarbeit an allgemeinbildenden Schulen, die den Abschluss der Berufsreife anbieten, seit dem Doppelhaushalt 2014/2015 wieder einen Gesamtansatz von rd. 5,1 Mio. Euro vor. Die gegebenen finanziellen Rahmenbedingungen wie beispielsweise die verfassungsrechtlich verankerte Schuldenbremse, lassen darüber hinaus keine weiteren Förderungen in diesem Bereich zu. Die Länder wären für zusätzliche Aufwendungen, wie in anderen Bereichen der Bildung auch, auf Unterstützung durch den Bund angewiesen.

- **Gewinnung von Nachwuchskräften mit grundständigem Studium für berufsbildende Schulen**

*Was wird Ihre Partei unternehmen, damit sich die Quote der Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter mit berufsbezogenen Bedarfsfächern nachhaltig erhöht?*

Antwort:

Wir GRÜNE sind der Auffassung, dass neue Anreize für den Lehrerberuf geschaffen werden müssen, um den Lehrermangel nachhaltig zu minimieren. Darüber hinaus müssen neue Anreize für den Lehrerberuf in den MINT-Fächern geschaffen werden, damit der Lehrerberuf im Wettbewerb mit der Wirtschaft konkurrenzfähig ist. Wir GRÜNE sind für eine ergebnisoffene Unterstützung der beruflichen Orientierung an den Schulen. Auch in diesem Rahmen kann den Schülerinnen und Schülern die Attraktivität des Lehramts an berufsbildenden Schulen näher gebracht werden.

- **Entlastung für Funktionsträgerinnen und Funktionsträger an BBS**

*Die Aufgaben bei der Leitung einer berufsbildenden Schule sind besonders komplex und umfangreich. Die Funktionsträgerinnen und Funktionsträger an berufsbildenden Schulen sind objektiv gegenüber den Funktionsträgern an*

*allgemeinbildenden Schulen in Bezug auf die Entlastung deutlich benachteiligt. Bisherige Nachbesserungen blieben weit hinter der tatsächlichen Belastung zurück. Was gedenkt Ihre Partei zu tun, um den Umfang der Entlastung der Funktionsträgerinnen und Funktionsträger an BBS wirksam zu verbessern?*

Antwort:

Wir GRÜNE sind der Auffassung, dass die Schulleitungspauschale als Budget für FunktionsträgerInnen an berufsbildenden Schulen innerhalb der organisatorischen Abläufe zunächst ein wichtiger Schritt für die Entlastung gewesen ist. Dennoch können die Erhöhungstranchen seit dem Schuljahr 2009/2010 noch nicht die Entlastung in gewünschtem Umfang gewährleisten. Wir halten weitere parlamentarische Initiativen zur Entlastung von FunktionsträgerInnen an den berufsbildenden Schulen des Landes für denkbar.